

# Beschluss

Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 26.03.2022  
Tagesordnungspunkt: 10. Fortsetzung Anträge Verschiedenes

## Antragstext

### 1 Rückenwind für Inklusion: 2 Gemeinsames Lernen an Brandenburgs Schulen voranbringen

3 Wie gerecht ist unsere Gesellschaft? Eine Antwort erhält, wer auf unsere Schulen und Kitas blickt. Denn  
4 dort erweist sich, in welchem Maße wir Chancengerechtigkeit und Solidarität verwirklichen. Der Befund ist  
5 ernüchternd: Nicht erst durch die Pandemie ist offenbar, dass unser Bildungssystem von dem Ideal eines  
6 inklusiven und sozial gerechten Zusammenlebens und Zusammenhaltens sehr weit entfernt ist. Je mehr wir  
7 uns auf die Bewältigung aktueller Krisen konzentrieren, um so eklatanter werden Risse und Verwerfungen  
8 im sozialen Gefüge. Aufgrund von Klassismus, Ableismus und Rassismus werden Betroffene in unserem  
9 Bildungssystem strukturell benachteiligt. Unser Bildungssystem wirkt in dieser Hinsicht nach wie vor  
10 ausschließend und abwertend. Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen sollen von Anfang  
11 an gemeinsam lernen und aufwachsen. Das ist der menschenrechtliche Auftrag aus der  
12 UN-Behindertenrechtskonvention, von dem unsere gesamte Gesellschaft auf Dauer profitiert. Leider ist  
13 die Entwicklung für ein inklusives Schulsystem in Brandenburg in den letzten Jahren zu wenig  
14 vorangekommen. Anstatt jungen Menschen und Familien Rückenwind zu geben, bremst es aus. Es ist Zeit,  
15 dieser Entwicklung Halt zu gebieten und mit aller Kraft gegenzusteuern. Ein sozial gerechteres  
16 Bildungswesen fördert ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben. Dieser Antrag soll nächste  
17 Schritte aufzeigen auf dem Weg zu einer inklusiven und sozial gerechten Brandenburger  
18 Bildungslandschaft - trotz und gerade wegen einer seit zwei Jahren andauernden Pandemie. Die  
19 finanzintensiven Dualstrukturen (Förderschulen und inklusiver Unterricht an Schulen gemeinsamen  
20 Lernens) sind nicht länger zu rechtfertigen.

### 21 Inklusiv ist Brandenburg noch lange nicht

22 Inklusion geht weit über das gemeinsame Lernen von Schüler\*innen mit und ohne sonderpädagogischem  
23 Förderbedarf hinaus, sondern gründet vielmehr auf einer Haltung der Anerkennung und bejahenden  
24 Wertschätzung von Diversität als Ressource für gesellschaftliche Entwicklung. Inklusiver Unterricht  
25 bedeutet die individuelle Förderung jedes Kindes.  
26 Brandenburg hat 2009 damit begonnen, Schulen inklusiv zu gestalten. Vieles ist auf halber Strecke  
27 steckengeblieben. In den Corona-Jahren kam es zum Stillstand, ja, mancherorts wurde das Rad eher  
28 zurückgedreht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen neuen Schwung nehmen und den inklusiven Ansatz  
29 verwirklichen. Denn Inklusion kann es nicht halb geben: Jeder Mensch hat das Recht auf gemeinsames  
30 Lernen und auf eine ihm/ihr angemessene Förderung. Zurzeit besuchen jedoch nur ca. die Hälfte der  
31 Schüler\*innen mit besonderem Förderbedarf eine Regelschule. Die meisten Kinder und Jugendlichen, die  
32 inklusiv beschult werden, wurden den sonderpädagogischen Förderbedarfen Lernen, Sprache und  
33 emotional-soziale Entwicklung zugeteilt. Schüler\*innen, d Förderbedarf in geistiger Entwicklung,  
34 körperlich-motorischer Entwicklung, Autismus, Sehen oder Hören zugeschrieben bekommen haben, werden  
35 fast ausschließlich in Förderschulen beschult. Von einem inklusivem Bildungssystem sind wir also weit  
36 entfernt. Unser Ziel ist  
37 es, jedes Kind in seiner Individualität und nach seinen Bedürfnissen zu fördern.

38

### 39 **Programm „Gemeinsames Lernen“**

40 Seit dem Schuljahr 2020/21 nehmen in Brandenburg 238 Schulen (166 Grundschulen, 29 Oberschulen, 6  
41 Gesamtschulen und 7 Oberstufenzentren (OSZ) sowie 23 Schulzentren) teil am Landesprogramm „Schulen  
42 für gemeinsames Lernen“. Das ist ein Viertel der 923 Brandenburger Schulen. Es stellt sich hier die Frage,  
43 ob es wirklich die inklusive Beschulung ist, die zunimmt, oder die Einteilung in die sonderpädagogischen  
44 Förderbereiche. Laut Evaluationsbericht „Gemeinsames Lernen im Bundesland Brandenburg“ vom März  
45 2021 liegt der Inklusionsanteil derzeit bei 50 Prozent. Mittlerweile besucht demnach jedes zweite  
46 Schulkind mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf eine inklusive Schule. Inklusion in der Bildung  
47 setzt voraus, dass alle Schulen ein Konzept zur Inklusion entwickeln und umsetzen.  
48 Das Landesprogramm „Schulen für gemeinsames Lernen“ setzt wichtige Signale, aber in den  
49 Pandemiejahren kamen keine Schulen mehr hinzu. Jetzt braucht das Programm dringend neuen  
50 Schwung.

- 51 • Das Programm sollte schnellstens erweitert werden und zwar so, dass Schulen in Brandenburg dabei  
52 unterstützt werden, sich auf den Weg zu einer inklusionsorientierten Schulentwicklung zu machen.
- 53 • Das Land startet eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zu „Schulen für gemeinsames Lernen“, die  
54 alle Akteur\*innen umfassend über die Ausgestaltung des gemeinsamen Lernens und Auswirkungen  
55 individualisierter Lern- und Prüfformate informiert.
- 56 • Neben der Förderung der personellen Bedingungen, fordern wir eine Unterstützung der Kommunen  
57 in ihrer Verantwortung als Schulträger bei der Bereitstellung der zusätzlichen räumlichen, sächlichen  
58 und technischen Ressourcen.

### 59 **Hin zu einem inklusiven Bildungssystem**

60 Inklusion betrifft die ganze Gesellschaft – und das gesamte Bildungssystem. Kinder werden schon im  
61 jungen Alter durch leistungsorientierte Bewertung auf unterschiedliche Schulformen verteilt. Die  
62 Bildungswege gehen auseinander, wahre Potentiale bleiben unerkannt und strukturelle Ungleichheiten  
63 forciert. Jede\*r Schüler\*in von der 1. Klasse bis zum Schulabschluss soll die Möglichkeit bekommen –  
64 jederzeit und wohnortnah – den angestrebten Schulabschluss erreichen zu können. Und zwar gemeinsam  
65 – von der Grundschule bis zur Oberstufe. Bisher gehen jedoch Brandenburger Gymnasien einen  
66 Sonderweg, der den inklusiven Ansatz konterkariert. Wir wollen, dass möglichst alle Schulen – also  
67 Gemeinschaftsschulen, Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien das Konzept „Schule für Gemeinsames  
68 Lernen“ übernehmen, das mit der Bereitstellung von Ressourcen für die Erweiterung des pädagogischen  
69 Portfolios – auch für Gymnasien – einhergeht.

70 Inklusion betrifft auch die Einstellung und Haltung gegenüber dem Individuum in der Gruppe. In der  
71 Bildung bedeutet dies, jede\*r Schüler\*in gestaltet individuell seinen eigenen Weg des Lernens und zwar  
72 gemeinsam mit den anderen. An allen Schulen soll ein (lern-)differenzierter Unterricht stattfinden, der zwar  
73 in Brandenburg schon möglich ist, aber kaum umgesetzt wird.

- 74 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen das Ziel, dass möglichst alle Schulen und Schulformen das  
75 Konzept „Schule für Gemeinsames Lernen“ übernehmen.
- 76 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern Modellprojekte für (lern-)differenziertes Arbeiten an allen Schulen  
77 und Schulformen.

### 78 **Multiprofessionelle Teams**

79 Inklusion kann nur gelingen, wenn sich die Schule den Lernenden anpasst – und nicht umgekehrt. Die  
80 Kinder und Jugendlichen kommen in ihrer Vielfalt mit extrem unterschiedlichen Ausgangslagen und  
81 Bedürfnissen an die Schulen. Lehrkräfte brauchen die Freiheit, Flexibilität und die Ressourcen, sich auf ihre  
82 Schüler\*innen einzustellen. Eine wichtige Bedingung dafür ist es, dass Menschen unterschiedlicher

83 Professionen zusammenarbeiten zum Wohl aller Schüler\*innen. Neben den Lehrkräften sind dies zum  
84 Beispiel Erzieher\*innen, Sozialarbeiter\*innen, Therapeut\*innen, Gesundheitskräfte, Psycholog\*innen.  
85 Teamarbeit muss selbstverständlich sein. Dafür müssen Voraussetzungen geschaffen werden: Zeit für  
86 Teambesprechungen, Räume für Gespräche, Therapien etc.

- 87 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung auf, die im Koalitionsvertrag vereinbarten  
88 400 zusätzlichen Fachkräfte einzustellen.
- 89 • Das Land Brandenburg möge in den Standards der Raumprogrammempfehlungen für Schulbauten  
90 neben den für Teilungsunterricht geeigneten Klassenräumen den flexibel nutzbaren Anteil für  
91 Arbeits-, Ruhe-, Bewegungs- und Besprechungsräume erhöhen.
- 92 • Das Konzept der Einzelfallhilfe bzw. Schulbegleitung muss überarbeitet werden. Lernbegleiter\*innen  
93 müssen an den Schulen direkt angebunden sein, dort ins Team eingebunden werden und fachlich  
94 entsprechend der Aufgabe spezifisch fortgebildet werden.
- 95 • Lehrkräfte sollen in ihrem Stundendeputat ausgewiesene Zeiten für individuelle Gespräche und  
96 Förderung erhalten. Die Zahl der Schulpsycholog\*innen und Schulsozialarbeiter\*innen wird deutlich  
97 ausgeweitet.
- 98 • Es müssen genügend personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, dass alle genehmigten  
99 Fördermaßnahmen im vollem Umfang stattfinden können.

#### 100 **Noten ade - Neue Prüfungskultur**

101 Das Lernen an den Schulen muss sich grundlegend wandeln, um diese zu inklusiven Lebens- und Lernorten  
102 werden zu lassen. Unsere „Kultur“ der Benotung zwingt die Lehrkräfte, auf Defizite zu schauen und setzt  
103 Schüler\*innen unter Druck, Stress und Angst. Das widerspricht einer inklusiven pädagogischen Haltung. Der  
104 Rahmenlehrplan des Landes bietet mit seiner Kompetenzorientierung und seiner Ausweisung von  
105 Niveaustufen bereits einen guten Orientierungsrahmen für die Betrachtung von Lernerfolgen in einem  
106 binnendifferenzierten, individualisierten Lernsetting. Darauf aufbauend machen wir uns stark für eine  
107 neue, andere Prüfungskultur, weg von Beurteilungen durch Noten und hin zu einer Einschätzung zur  
108 Lernentwicklung.

- 109 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Umsetzung des im Schulgesetz verankerten  
110 Orientierungsrahmens für die Betrachtung von Lernerfolgen in ein binnendifferenziertes,  
111 individualisiertes Lernsetting zu integrieren.
- 112 • Die wissenschaftliche Erforschung anderer Prüfungsformate und einer neuen, konstruktiven Form der  
113 Lernbegleitung muss gefördert werden. Dabei sollten Erfahrungen alternativer Schulmodelle in  
114 Brandenburg einbezogen werden.
- 115 • Das Land Brandenburg möge bei der Ausgestaltung der Abiturvereinbarungen Prüfungsformate mit  
116 Blick auf Zukunftskompetenzen zulassen.

#### 117 **Inklusiver Ganzttag**

118 Ganze Tage an den Schulen sollen mehr bieten als Betreuung. Inklusiv kann der Ganzttag nur werden, wenn  
119 auf Bedürfnisse aller Rücksicht genommen wird. Schüler\*innen brauchen - im Einzelfall - auch über das 6.  
120 Schuljahr hinaus eine an die Schule angebundene, ganztägige Betreuung. Die Standards für die  
121 Ganztagschule wollen wir hoch ansetzen: Kinder und Jugendliche, die ganze Tage an den Schulen  
122 verbringen, brauchen Platz, Ruhe, Bildung, Abenteuer, Sport, Spiel, musische Angebote, Rückzug und  
123 Ansprechpartner\*innen. Wer hier spart, beschneidet junge Menschen in der Entfaltung ihrer Persönlichkeit.  
124 Der Blick auf das Lernen muss erweitert werden: formelles und informelles Lernen müssen den gleichen  
125 Stellenwert in der Betrachtung des Ganztages erhalten. Lebenspraktisches, soziales und theoretisches  
126 Lernen müssen durch ein gemeinsames Curriculum verzahnt werden. Hier bieten sich große Chancen für

127 eine inklusive Organisation der Schule mit starken Beteiligungsmöglichkeiten für alle  
128 Schüler:innen.

- 129 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine inklusionspädagogische Fortschreibung der  
130 Qualitätsmerkmale aus dem Projekt „Qualität an Schulen mit Ganztagsangeboten“.
- 131 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Festlegung eines für Brandenburg geltenden „Qualitätsrahmen  
132 Ganztag“, der an den bundesweit formulierten Standards ansetzt. Dieser muss für alle Schulformen  
133 gelten.
- 134 • Das Land unterstützt die Kommunen und Schulträger bei der inklusionsoptimierten Einbindung der  
135 Ganztagschulen in den Sozialraum bzw. als Teil einer kommunalen Bildungslandschaft.
- 136 • Die Betreuung von Schüler\*innen, auch mit Förderbedarf muss durch ganztägige Förderung auch in  
137 den Ferien gewährleistet sein. Die Zuständigkeiten der Finanzierung von Hort- und Ferienbetreuung  
138 müssen klar definiert und festgeschrieben werden.
- 139 • Der Wechsel zwischen Unterrichtszeit und der Betreuung im Ganztag darf keinen Einfluss auf das  
140 Erfordernis von Einzelfallhelfer\*innen haben. Dazu müssen die Zuständigkeiten neu geklärt werden.

#### 141 **Inklusionspädagogik statt Sonderpädagogik**

142 Die Lehrer\*innenbildung darf nicht hinter den Entwicklungen der Lernkultur hinterherhinken.  
143 Inklusionspädagogik sollte selbstverständlicher Bestandteil der Ausbildung und Weiterbildung sein – für  
144 jede Lehrkraft an der Schule. Doch damit nicht genug: Auch die Mitarbeitenden von Schulaufsicht,  
145 Schulämtern etc. sollten inklusionspädagogisch fortgebildet sein.

- 146 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung auf, sich bei der Verwirklichung der im  
147 Koalitionsvertrag angekündigten Koordinierungsstelle Lehrer\*innenbildung für  
148 inklusionspädagogische Ansätze einzusetzen.
- 149 • Das Land setzt die bereitstehenden Mittel ein, um das Fortbildungscurriculum „Gemeinsames Lernen  
150 in der Schule“ flächendeckend für alle Lehrer\*innen regelmäßig anzubieten. Die Formate der  
151 Fortbildungen müssen als Veranstaltungen in den Schulen entwickelt und entsprechende Ressourcen  
152 für Lehrer\*innen (Unterrichtszeiten) und Schüler\*innen (Selbstlernkonzepte) bereitgestellt werden.
- 153 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich an die Hochschulen mit der Forderung,  
154 inklusionspädagogische Anteile in allen Lehramtsstudien und Lehrfächern aufzunehmen.

#### 155 **Lernen - voneinander und miteinander**

156 Die Vermittlung von Verständnis und Wertschätzung zu Diversität, insbesondere gegenüber Menschen mit  
157 einer Behinderung, unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identität, unterschiedlichen Glaubens  
158 oder Herkunft sowie die Aufklärung über deren jeweiliger Belange sollte selbstverständlich ein Bestandteil  
159 des Unterrichts, des Schullebens und der pädagogischen Grundhaltung einer jeden Lehrkraft sein.

- 160 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, Schulbücher und -materialien in jeder Hinsicht  
161 (haptisch, optisch und inhaltlich) barrierearm zu gestalten. Dies muss auch für digitale Angebote wie  
162 beispielsweise die Schulcloud gelten. In Abbildungen und Texten sollten Personen aller  
163 Bevölkerungsschichten, unabhängig ihrer Hautfarbe, ihrer Behinderung, des Aussehens oder sexueller  
164 und geschlechtlicher Identität abgebildet werden.
- 165 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern mehr Diversität in den Lehrmedien und ihren Formaten, z.B. durch  
166 Übersetzung in verschiedene Sprachen (inkl. Braille-Schrift, Gebärdensprache, einfacher und leichter  
167 Sprache).

168 **Inklusion als gesamtgesellschaftlicher Prozess**

169 Inklusion ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Hierbei spielen Kitas und Schulen eine Schlüsselrolle.  
170 Frühkindliche Bildung, Jugendhilfe, berufliche Bildung usw. – Inklusion ist in jedem gesellschaftlichen  
171 Bereich ein Menschenrecht. Deshalb sind die hier geforderten Maßnahmen nur kleine Schritte auf einem  
172 langen Weg. Inklusion ist ein Querschnittsthema, das alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betrifft..  
173 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- 174 • Die Landesregierung muss sicherstellen, dass die Belange von Menschen mit Behinderungen in allen  
175 politischen und gesellschaftlichen Maßnahmen berücksichtigt werden. Dabei sind die Menschen mit  
176 Behinderungen zu jeder Zeit einzubeziehen.
- 177 • Die Landesregierung möge die Ergebnisse der Evaluierung des "Behindertenpolitischen  
178 Maßnahmenpakets 2.0" nutzen. Sie soll sich bei der geplanten Fortschreibung für die Jahre 2023-2027  
179 dafür einzusetzen, mehr Maßnahmen zu Inklusion und Barrierefreiheit zu finanzieren. .
- 180 • Das Land möge Kommunen unterstützen in der Entwicklung inklusiver kommunaler  
181 Bildungslandschaften, in denen Schule, Kita, Schulträger, Schulaufsicht, freie Bildungsträger  
182 miteinander verzahnt agieren. Einbezogen werden sollen dabei auch die Beratungsstrukturen des  
183 Landes und der Kommunen – zur Einschulung, Erziehung, Förderung.